



DANIEL REINHARDT / DPA

Air Berlin Gericht düpiert Exminister

Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig bringt die Fluggesellschaften Air Berlin und Etihad Airways in Bedrängnis – und den früheren Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer unter Rechtfertigungsdruck. Das Gericht untersagte kurz nach Weihnachten gut zwei Dutzend Gemeinschaftsflüge der beiden Airlines. Seit Ende 2011 hält die arabische Etihad knapp 30 Prozent an Deutschlands zweitgrößter Fluggesellschaft. Der CSU-Politiker Ramsauer war damals formal zuständig, das Luftfahrtbundesamt (LBA), das dem Bundesverkehrsministerium untersteht, winkte den Deal und die nun

vom Gericht beanstandeten sogenannten Code-Share-Dienste in extrem kurzer Zeit durch. Das geht aus Briefen und E-Mails hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. „Sowie das Ministerium sein o.k. gegeben hat“, heißt es in einer LBA-Antwort zu den geplanten Gemeinschaftsflügen, „werde ich meinem Chef die Unterschriften aus dem Kreuz leiern.“ Die von Air Berlin eingereichte „Auflistung“ sei „prima und verdeutlicht die Flugbewegungen“, wird an anderer Stelle gelobt. Ramsauer wollte sich zu dem Vorgang nicht äußern. Aus seinem Umfeld verlautet, rechtliche Bedenken hätten zu der Zeit kaum eine Rolle gespielt. Man sei froh gewesen, dass die Araber die finanziell klamme Airline retten wollten. did